Er erscheint
wöchentlich einmal
in
Büchlein (Schweiz)
Verlag
Vollbuchhandlung
Göttingen-Verlag.
Postanweisungen
franco gegen franco.
Semestralische Preise
nach der Schweiz 1.00
Doppelporto.

Der Sozialdemokrat

Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie

Abonnement 15
wird nur beim Verlag
des bekannten Agenten ent-
gegengenommen und zwar zum
voraus zahlbaren
Bierteljahrespreis von:
Fr. 2.— für die Schweiz (Reuepublik)
Mt. 3.— für Deutschland (Gouvert)
Fr. 1.70 für Oesterreich (Gouvert)
Fr. 2.50 für alle übrigen Länder des
Weltpostvereins (Reuepublik)
Inserate
Die druckspaltene Zeile
25 Gr. — 20 Pfg.

N: 48.

Donnerstag, 23. November.

1882.

Lesen an die Abonnenten und Korrespondenten des „Sozialdemokrat“.

In der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich verboten ist, gegen den Inhalt derselben, welche sich eine Mißbilligung, andere Verbindungen nach jenem Stande möglich zu erscheinen, resp. Briefe von dort an und aus anderer Zeitungs- und sonstigen Sendungen nach dort abzugeben, so ist die hiesige Redaktion nach dem Inhalt der Briefe und nach dem Inhalt der Sendungen zu entscheiden, und letztere dadurch zu prüfen. Quodlibet ist hierin einvernehmlich, daß andere Freunde so selten

als möglich an den „Sozialdemokrat“, resp. dessen Verlag selbst adressieren, sondern sich möglichst an irgend eine in der Gegend befindliche Adresse außerhalb Deutschlands und Oesterreichs wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; andererseits aber, daß auch und möglichst unerschöpfliche Zusendungen abzugeben mitzuteilen werden. In zweifelsfällen können wir jedoch größere Sicherheit in der Befolgung der Redaktion, welche an uns liegt, werden wir gewiß weder Mißbilligung noch Kosten scheuen, um trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat“ unseren Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

Parteigenossen! Vergesst der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

Die Kulis in Europa.

Während von Jahr zu Jahr die Zahl der Proletarier wächst, welche Europa verlassen müssen, um in ferneren Ländern ihr tägliches Brod gegen mühsame Arbeit zu suchen, welche sich gezwungen sehen, der immer größeren Verelendung durch das Großkapital, der immer weiter fortschreitenden Herabdrückung zu bloßen Arbeitsvieh, sich gewissermaßen durch die Flucht zu entziehen, gehen von Osten her dunkelfarbige, magere aber starkknochige Gestalten, bereit, die Plätze der Ausgewanderten zu ersetzen und wenn es sein muß die Zurückgebliebenen aus ihren Plätzen zu verdrängen: zwei Schiffe mit chinesischen Kulis haben China verlassen und sind nach England abgedampft.

Wenn wir sagten, „nahen sich“, so ist das nicht korrekt ausgedrückt, es sollte heißen, sie werden genagt. Spekulative Händler mit Menschenfleisch importieren dieses bedürftige Arbeitsvieh nach Europa — und werden bei den ausbeutungswürdigen Fabrikanten unserer zivilisierten Welttheile reichlichen Absatz finden, der Gegenstand ihrer Spekulationen aber, die Ware, mit der sie handeln, weiß gar nicht, zu welchem Zweck sie in letzter Instanz bestimmt ist, der arme Kuli, der China verläßt, weiß nur, daß er im Lande der „rothen Teufel“ — denn trotz seiner elenden Lage glaubt er sich erhaben über die „ungläubigen Europäer“, seine Pfaffen haben ihm diesen albernen Dünkel Jahrhunderte lang eingepaukt, damit er sein materielles Elend um so williger trage — er weiß nur, daß er in Europa Arbeit finden und so viel Lohn erhalten wird, daß er seine geringen Bedürfnisse befriedigen kann. Deshalb läßt er sich willig anwerben, denn sein Heimatland bietet ihm selbst das nicht. China ist, so sagt man, in hohem Grade überbevölkert.

Ist letzteres aber auch wahr, ist China wirklich so stark bevölkert, daß es die Söhne seines Landes nicht mehr ernähren kann?

Von allen Seiten wird es behauptet und leider auch geglaubt. Denn in keiner Frage läßt sich das große Publikum mehr Wind vormachen als in der Bevölkerungsfrage. Und es klingt ja sehr einleuchtend, wenn man als Beweis anführt, daß in dem eigentlichen China, trotzdem es große unbewohnte Distrikte zählt, durchschnittlich 100 Menschen auf einem Quadratmeter Raum wohnen, während in Deutschland, das ja auch schon stark bevölkert ist, nur 80 Menschen auf demselben Flächenraum leben. Freilich müßte dann in sehr kurzer Zeit — in etwa 25 Jahren — auch Deutschland überbevölkert sein. Und es gibt ja Leute, die allen Ernstes versichern, daß letztere Gefahr auch wirklich bevorstehe.

Aber so wenig diese Schwarzmalerei Recht haben, so falsch ist auch die Behauptung, China sei überbevölkert. Es gibt überhaupt keine absolute Ueberbevölkerung, sondern nur eine relative, d. h. verhältnismäßige. „Jede historische Produktionsweise“, sagt Karl Marx, „hat ihre besondere historisch gültigen Bevölkerungsgehalte“. Ein Land mit Kleinindustrie und Kleingartenbau vermag eine weit geringere Anzahl Menschen zu ernähren als ein Land, wo die Produktion in Landwirtschaft und Gewerbe mit allen Mitteln der modernen Technik betrieben wird. Und in einem solchen wiederum hängt die Frage der Bevölkerung ab von der Frage des Eigentums.

China ist nun das Land des ausgeprägtesten Privateigentums. Im Gewerbe herrscht fast ausschließlich der Kleinbetrieb, in der Landwirtschaft das Parzellenystem.

„Wenn man die ganze Bodenschätze Chinas“, so schreibt das „Journal des Debats“, durch die Zahl der Familien, die auf ca. 90 Millionen geschätzt werden, theilt, so findet man, daß der Durchschnitt der Besitzungen 3 1/2 Hektar nicht übersteigt und diese Ziffer drückt den wahren Stand der Dinge aus. Darunter findet man Besitzungen von 1 1/2 Hektar und darüber solche von 20 Hektar. Die letzteren sind jedoch nicht zahlreich und die Besitzungen von 100 Hektaren sind außerordentlich selten. In den großen Provinzen, welche 20 bis 30 Millionen Einwohner zählen, kann man indessen Besitzungen von 500 Hektaren und darüber finden, wenn auch nur im Ganzen vier oder fünf. Der Arten der Bewirtschaftung sind sehr viele, von der Selbstbewirtschaftung bis zur einfachen Pachtwirtschaft, bis zur Mietpacht und Theilwirthschaft in allen ihren Formen. Ein Pächter kann sogar im Laufe der Zeit, während welcher er denselben Boden bebaut, Besitzer eines Viertels, Drittels oder der Hälfte desselben werden.“

Wie man sieht, ist in China das von den Herren Parnell und Genossen als das Ziel ihrer Bestrebungen bezeichnete Landwesen durchgeführt — der Pächter kann Besitzer des Bodens werden, den er bebaut. „Free trade in land“ — Freihandel in Land, wonach die englischen Liberalen so sehnsüchtig rufen, ist

bis zu einem Grade durchgeführt, daß wenn der Eigentümer Geld braucht, er sich, um sich solches zu verschaffen, seiner Eigenthumsrechte bedienen kann, welche wie ein Wechsel von Hand zu Hand gehen.

Und trotz dieser so ausgedehnten Vertheilung des Grundbesitzes, trotzdem das Handwerk in China noch eine Stätte hat, trotzdem China seit Jahrhunderten volle Gewerbe- und Coalitionsfreiheit, sowie volle Freizügigkeit besitzt, besitzt dieses Land ein Proletariat, so elend, so gedrückt, wie kein Kulturstaat Europas. Zu jeder Arbeit bereit, fleißig und geschickt, leistet der chinesische Kuli auf fast alle Annehmlichkeiten des Lebens Verzicht, wenn er nur das zum Leben unentbehrlich Nothwendige gewinnt. Er nimmt die sozialen Verhältnisse seines Landes als gegebene und unabänderliche an, er kann nicht hoffen, sie zu seinem Vortheile umzugestalten, die Zahl der Eigentümer, die dem entgegensteht, ist zu groß. Der zersplitterte Grundbesitz und die geringe Entwicklung der Technik sind auch die Ursachen gewesen, weshalb die gewaltige sozialistische Agitation, welche vor mehr als sieben Jahrhunderten China durchschwärmte, scheitern mußte. Weil es im Weentlichen Kleinbürgerthum geblieben, ist China überbevölkert, besitzt es das elendeste Proletariat.

Dieses Proletariat nun wollen die menschenfreundlichen Fabrikanten China abnehmen und nach Europa importieren. Die Gründe dafür liegen an der Hand. Erst vor wenigen Tagen fanden wir in der „Frankfurter Zeitung“ das Buch eines Engländer, W. H. Marshall, über Amerika besprochen, in dem es über die Wirkung der Chinesenarbeit in Kalifornien heißt:

„Natürlich (!) hat die Verwendung chinesischer Arbeiter auf den kalifornischen Arbeitsmarkt einen drückenden Einfluß ausgeübt. John Chinaman (so nennt das amerikanische Volk die Chinesen) hat die Löhne in allen Zweigen der Arbeit heruntergebracht, aber auf ganz billige und ehrliche Weise. Seine Arbeitsamkeit und Mäßigkeit, die gebuldige Geduldlichkeit, mit der er jedes Gewerbe in kürzester Zeit erlernt und mit Verstand ausübt, haben ihn zum gefährlichen und gefährdeten Rivalen des weißen Arbeiters gemacht, dem er außerdem in vielen Stücken, besonders in Ausdauer und Zuverlässigkeit weit überlegen ist. Daher die Feindschaft der Weißen. Allein es läßt sich nicht leugnen, daß trotzdem die Verwendung chinesischer Arbeitskräfte für die Entwicklung von Kalifornien nicht nur von großem Nutzen, sondern von absoluter Nothwendigkeit ist.“

Und der Rezensent der „Frankfurter Zeitung“ setzt hinzu: „Es freut uns, daß Herr Marshall für John Chinaman ein gutes Wort einlegt. Seine Bemerkungen über die Chinesenarbeit sind um so werthvoller, als bekanntlich in London und Paris ernsthaft davon die Rede ist, chinesische Arbeiter zu importieren.“

Wie menschenfreundlich!

Diese Befürwortung der Einführung von Kulis hätte noch einen Sinn, wenn in Europa Mangel an Arbeitern herrschte. Thatsächlich aber sehen wir, daß das Gegentheil der Fall ist. Die Entwicklung unserer Industrie wirkt immer mehr Arbeiter auf das Pfloster, die Produktivität der Arbeit hebt sich mit rapider Schnelligkeit, es mangelt nicht an Nahrungs- und Genußmitteln für die Hunderttausende, welche Europa den Rücken kehren, es mangelt ihnen an Arbeitsgelegenheit. Aber sie sind noch nicht gedrückt genug, sie haben noch Bedürfnisse, die ihnen nach kapitalistischer Anschauung nicht zukommen, sie wollen noch ein Heim für sich haben, sie wollen heirathen, sie fühlen, daß sie von derselben Rasse sind, als ihre Ausbeuter und sind deshalb weniger gefügig, darum fort mit ihnen! Chinesen her!

Die Kleinbürgerliche Entwicklung verhindert das Entstehen und Heranwachsen des Proletariats nicht, die moderne Großindustrie aber befördert es in rastlos steigendem Umfange. Erlösung von seinem Elende, Befreiung vom Doppeljoch der politischen und sozialen Knechtschaft findet der Arbeiter erst durch den Sozialismus.

Europa steht vor einer sozialen Revolution. Sein Proletariat wird sich mit jedem Tage mehr seiner weltgeschichtlichen Aufgabe bewußt, die darin besteht, der Klassenherrschaft mit ihren verheerenden, kulturselbsttödtlichen Folgen ein Ende zu machen. Wer es mit Kulis durchsehen will, der will es nicht nur im Kampfe um seine Löhne, sondern auch im Kampfe um seine endliche Befreiung wagen, der will die Knechtschaft der europäischen Arbeiter vereinen, der will auch sie zum bloßen Arbeitsvieh herabdrücken.

Darum ist es Pflicht Aller, welche zur Sache der Arbeiter halten, Aller, denen es mit dem Fortschritt der Menschheit Ernst ist, Protest zu erheben gegen die Importirung von Kulis in Europa. Die Einführung der Maschine hat die Selbstständigkeit von Hunderttausenden vernichtet, Jammer und Elend über Millionen gebracht, aber sie war ein Werk des Fortschritts, sie eröffnete der Menschheit den Ausblick auf eine segensreiche Zukunft, und es liegt nur an der Menschheit selbst, sie zum Segen für Alle werden zu lassen. Der Kuli in Europa heißt dagegen für eine Handvoll Menschen erhöhter Profit, für Millionen ein ewiger Fluß!

Am Ende des Lateins.

Die schon öfter von uns angezogene „Leipziger Zeitung“, eine mittlere Organ der sächsischen Regierung, kommt in einer der letzten Nummern auf „die Gefahren der gewerblichen Ueberproduktion“ zu reden und ergreift sich dabei in folgenden Betrachtungen, die sich aber, wie wir sehen werden, gleich dem edlen Rheinstrome, im Sande verlaufen.

„Der große Aufschwung — sagt das Regierungsblatt —, der große Aufschwung der Fabrikthätigkeit in nahezu allen Zweigen der gewerblichen Produktion, dessen sichtbare Anfänge von allen Seiten so freudig begrüßt werden, wenn man auch je nach dem verschiedenen Standpunkte, von dem ausgegangen wird, die Frage nach den Ursachen dieser erfreulichen Thatsachen verschieden beantwortet, muß denen, welche die Erfahrungen des letzten Jahrzehnts nicht unsonst gemacht haben, die Befürchtung nahe legen, daß dieser Aufschwung der Industrie im Laufe der Zeit eine ähnliche Ueberproduktion zur Folge haben werde, welche die letzte Industrie-krise herbeiführt oder doch zum Mindesten wesentlich verschärft hat. Es ist naheliegend, daß infolge einer lebhaften Nachfrage nach gewissen Artikeln die Fabrikanten ihre Etablissements in vollen Betrieb setzen, unter Umständen sogar deren Vergrößerung und Erweiterung in das Auge fassen und nunmehr, da ohne finanzielle Schädigung die Einkäufe oder Einschränkungen des Betriebes nicht ohne Weiteres thunlich ist, die betreffenden Artikel in solchen Quantitäten fabriciren, daß in kürzerer oder längerer Zeit der Bedarf mehr als gedeckt ist. Ist nun in dieser Weise eine Ueberproduktion entstanden, so pflegt nach den Auseinandersetzungen eines Berliner Fachblattes die kaufmännische Spekulation ihre Thätigkeit einzusetzen, indem sie als Käufer der dem Produzenten drückend gewordenen Waarenlager selbstverständlich nur zu gedrückten Preisen auftritt. Unter Umständen vermag aber auch die über ihre Kräfte angelegte Spekulation den geböhrten Gewinn nicht einzuheimen, sondern sieht sich gezwungen die aufgekauften Waaren schließlich à tout prix zu veräußern, d. h. zu verschleudern. Inzwischen hat der Fabrikant in der Hoffnung auf den Wiedereintritt besserer Absatzverhältnisse und mit Rücksicht auf die Konkurrenz fortzufahren, so fabriciren und zu produziren — und die Krise ist vorhanden. Wir erachten gerade den jetzigen Zeitpunkt für geeignet, die Fabrikbesitzer auf die Gefahren hinzuweisen, welche die allgähigste Ausdehnung des Fabrikbetriebes bei halbwegs guten Absatzverhältnissen leicht im Gefolge haben kann. Daß der von der „Neuen Börsezeitung“ zur Verhütung derartiger Mißstände vorgeschlagene Weg, die Schaffung einer internationalen und ausländischen Bedarfs- und Konsumtionsstatistik, geeignet sein werde, diesen Gefahren vorzubeugen, möchten wir ebenso in Zweifel ziehen, als überhaupt die Möglichkeit der Aufstellung einer irgendwie brauchbaren derartigen Statistik.“

Damit ist der Artikel fertig. Die „Leipziger Zeitung“ hat „Zweifel“, aber keinen Rath, nicht einmal eine bestimmte Ansicht.

Der Artikel ist überhaupt merkwürdig. Daß das für die Wirtschafts- und Steuerreform des Fürsten Bismarck schmarumende Blatt die Möglichkeit der Krisen für die Zukunft zugibt, ja, an sie glaubt, steht in flagrantem Widerspruch mit dem, was es — gleich anderen ähnlicher Richtung — uns hundert- und tausendmal von den „Segnungen“ neuer Wirtschafts- und Zollreform gepriesen hat. Würde es doch gerade als ein Hauptvortheil dieser „Reform“ gepriesen, daß sie der wirtschaftlichen Anarchie Steuern und den durch die mancherlei Wigwagwirtschaft hervorgerufenen Geld- und Geschwulstkrise für immer ein Ende machen werde. Mit dieser Weisheit hat man also nicht weit gereicht. Die „Leipziger Zeitung“ aber handelt nur klug, denn da die Bismarck'sche Wirtschafts- und Zollreform das Fundament und Gebäude der heutigen Gesellschaftsorganisation unberührt läßt und bloß ein paar geschmacklose Schändel im Postfil drän anbringen will, so läßt sie auch die Ursachen unberührt, aus welchen die Krisen entspringen.

Wohl hat die „Leipziger Zeitung“ Recht, auf den Vorschlag der „Neuen Börsezeitung“ keinen Werth zu legen. Dieser Vorschlag ist heillos unzulänglich und die „Leipziger Zeitung“, welche in wirtschaftlichen Fragen sich als eine Autorität aufspielt, hätte das wissen sollen — schon mindestens zehn Jahre alt und wurde zuerst vom Geheimrath Engel, damals noch Direktor des statistischen Amtes in Berlin, gemacht, und zwar in der richtigeren Form einer Produktions- und Konsumtionsstatistik. Wenn sich eine vollständige und genaue Statistik der Produktion und Konsumtion durchführen ließe, so wäre damit allerdings ein bedeutender Vortheil erzielt. Aber sie läßt sich unter den heutigen Produktionsverhältnissen nicht durchführen. Ist es doch bisher selbst noch niemals gelungen, eine vollständige und genaue Statistik der Ein- und Ausfuhr zu erlangen. Und warum nicht? Weil die Produzenten und Händler in vielen Fällen ein sehr lebhaftes Interesse haben, die Wahrheit nicht zu sagen und falsche Angaben zu machen. An dieser Klippe, falls nicht schon an anderen, würde die vorgeschlagene Produktionsstatistik unweifelhaft scheitern.

Wir wollen aber einmal annehmen, sie lasse sich durchführen, sie sei durchgeführt.

Wäre damit den Krisen vorgebeugt?

Mit Nichten.

Die Konkurrenz der Produzenten unter sich selbst liegt es nicht zu, daß die Gesamtproduktion dem durch die Statistik nachgewiesenen Bedarfs gemäß regulirt würde. Jeder Produzent, das liegt in der Natur der kapitalistischen Privatproduktion, würde, gerade wie dies jetzt geschieht, seinem Konkurrenten den Markt zu entziehen, von dem ihm die Bedarfs- an Produkten einen möglichst großen Prozenttheil (mit obligatem Profit) zu liefern bemüht sein. Und das ist die Krise. Oder, will man pedantisch sein im Ausdruck sein, das bedingt die Krise.

Die Krisen haben ihren Grund in dem Mißverhältnis zwischen Produktion und Konsumtion — ein Mißverhältnis, welches in der heutigen Gesellschaftsorganisation fortwährend und rapid wächst, weil neben der riesigen Zunahme des sogenannten Ratio-

na Reichthum eine ebenso tiefe Zunahme der Massenarmuth herbeizuführen, und weil die, durch Vermehrung des in wenigen Händen konzentrierten „Nationalreichthums“ enorm gesteigerten Produktionsmittel zu einer kolossalen Steigerung der Produktion führen, während auf der anderen Seite durch die in rascher Steigerung zunehmende Massenarmuth die „Kaufkraft“ und somit die Konsumtion entsprechend vermindert wird.

Abgesehen von diesem Moment, das bei den periodischen Krisen unmittelbar weniger in Betrachtung kommt, ist es die oben erwähnte Konkurrenz der Produzenten unter sich, welche die Harmonisierung von Produktion und Konsumtion unmöglich macht. Jeder produziert für sich und gegen den andern. Jeder steht mit dem andern auf dem Kriegsfuß, sucht ihn zu überlisten, zu betrügen, ihn vom Markt zu verdrängen, ihm die Kundenschaft abzuwaschen. Und weil Jeder täuscht, ist Keiner im Stande, den Markt zu überblicken, und für die Berechnung dessen, was er zur Deckung des wirklichen Bedarfs zu produzieren hat, einen sicheren Boden zu gewinnen. Es ist Spekulation, Vermuthung, mehr oder weniger in's Blaue hinein, folglich falsches Rechnen, Selbsttäuschung. Die größte Vorsicht kann da vor falschem Rechnen nicht schützen. Nach jeder Krisis sind die Produzenten außerordentlich vorsichtig, es kommt aber doch immer wieder zur „Ueberproduktion“ und zu dem obligaten Krach.

Die „Leipziger Zeitung“ hat eine Ahnung hiervon. Sie darf aber nicht sagen, daß es bei den Krisen mit dem Latein der Wirtschaftsdoktrinen so gut wie mit dem der Manchesherleute zu Ende ist.

Die Krisen sind im Organismus der heutigen, den Wirtschaftsdoktrinen und Manchesherleuten gemeinsamen Gesellschaftsordnung und Produktionsweise begründet, und sie sind unvermeidlich, solange diese Gesellschaftsordnung und Produktionsweise besteht.

Wer die Krisen verhten will, muß das Todesurtheil über den heutigen Klassenstaat und die kapitalistische Produktionsweise aussprechen.

Abkündigung der Krisen heißt Abkündigung der Bourgeoisgesellschaft.

Sin entlarvtes Werkzeug Madai's.

Wir haben bereits in letzter Nummer eine Notiz veröffentlicht, worin die Entlarvung eines deutschen Spiegels, Namens Schmidt, gemeindet wird. Genauere Daten zu geben, war damals wegen der Kürze der Zeit unthunlich. Nach Sichtung des uns in die Hände gefallenen Materials waren wir sofort der Ansicht, daß das gesammelte Spiegeltreiben in einer besonderen Broschüre zur Darstellung kommen müsse. Eine solche Broschüre unter dem Titel: „Die deutsche Behauptung im Kampf mit der Sozialdemokratie. Anekdoten und Enthüllungen“, ist bereits im Druck. Dieselbe enthält eine geräugte Darstellung des Spiegeltreibens innerhalb und außerhalb Deutschlands seit dem Inkrafttreten des Sozialengesetzes und den wörtlichen Ausdruck der bei Schmidt gefundenen Polizeikorrespondenzen.

An dieser Stelle publizieren wir von dem Material folgendes:

(Ohne die gewöhnliche Anrede und Adresse.)

„Auf Ihre letzte Zuschrift vom 2. h. gebe ich Ihnen, weil Sie es erbeten haben, sofort Antwort, die jedoch nicht anders ausfallen kann, als so, wie ich in früheren Briefen schon wiederholt angedeutet habe.

„Wir haben nur einen kleinen Dispositionsfond, der fast nur zur Unterstüzung von unseren zahlreichen Beamten und den Hinterbliebenen solcher verwendet wird.

„Alle anderen Ausgaben extraordinärer Art sind uns nur dann möglich, wenn wir auf erstatteten Bericht die nöthigen Gelder dazu von oben erhalten.

„Da nun Ihre Notizen, obwohl zur Beurtheilung der allgemeinen Situation nicht uninteressant, doch für unsere hiesigen Verhältnisse zu wenig positiven Nutzen haben, so ist absolut nichts damit herauszuschlagen.

Dr., 8. 11. 82.

W.“

Unsere Genossen im sächsischen Landtage werden Angesichts dieser Bekanntheit der schönen Seele Weißer nicht ermangeln, bei der nächsten Budgetberatung den eigentlichen Zweck des Dispositionsfonds etwas näher ins Auge zu fassen, sie werden dem Herrn von Roski, Wallwitz und dessen Kreaturen klar machen, daß es eine Schande ist, wenn ein Minister es wagt, Geld für hiesige Beamte und deren Hinterbliebene zu fordern, um dann den Schwelger des feinerzahlenden Volkes von elenden Subjekten à la Schmidt verproviant zu lassen und als Gegenwerth eine Portion Lügen in Empfang zu nehmen. Selbst in den sächsischen Bürgerkreisen wird diese Enttöschung, wenn dort noch ein kleiner Rest von Ehrgefühl vorhanden ist, den Herren im Ministerfrack einen derben Stoß verlegen.

Von halb ernstem, halb humoristischem Interesse ist folgender Brief des berühmtesten kaiserlichen Polizei-Inspektors Kaltendach in Mühlhausen i. Eisass:

„Mühlhausen, 11./8. 82.

Geehrter Herr!

„Anliegend erhalten Sie den Betrag von 150 Mark.

„Ich habe den Antrag erhalten, unsere Verbindungen fortzusetzen und Ihnen mitzutheilen, daß der pekuniäre Theil derselben stets zu Ihrer Vertheilung sein wird. Nähere Abmachungen können erst stattfinden, wenn die Seitens meines Chefs gemachten Anträge höherer Orts genehmigt und die Fondsanweisungen erfolgt sein werden.

„Ich erlaube mir nun, Sie um gefällige Fortsetzung Ihrer Mittheilungen zu bitten. Besonders wichtig für uns ist Auskunft über folgende Punkte zu erhalten:

1. „In welchen Beziehungen steht der Wirth Eugen Weiß, Burggasse Nr. 3, zu den in der Schweiz lebenden Sozialisten, schreibt er Ihnen u. s. w.? Beweise (etwa Briefe von Weiß) müssen den Ansagen zu Grunde liegen.
2. „Stehen hiesige Beamte z. B. Schymänner u. s. w. mit dem hiesigen oder hiesigen Nichtisten in Verbindung?
3. „Hat hier?) Verbindungen mit solchen?
4. „Suchen Sie von hier, mit welchen Personen er hier in Korrespondenz steht.

„Weitere Punkte anzuführen habe ich für überflüssig, wissen Sie ja doch selbst sehr gut, was zu wissen uns nützlich ist.

„Ihrer baldigen Antwort entgegengehend, grüße Sie freundlichst Ihr ergebener

Kaltendach.

Adressen:

Erster Brief: Herrn Postdirektor Lampel; zweiter: Herrn Kleemann, Wildemannengasse 12; dritter: an meine eigene Adresse, wie folgt: Frau Gertrud Kaltendach, Hoffnungsgasse 13.“

Der würdige Postdirektor Lampel, der Spiegeltreibe Kaltendach, der treffliche Bahrer des Polizeikommissars in Mühlhausen, in dessen Bureau Kaltendach seine Briefschubkiste ungeschützt ausgehängt, dürfte zur Kenntlichmachung des Stephan'schen Vorwiesens im Reichstage aufmarschieren. Bekanntlich sagte schon Karl Marx in seinen „Enthüllungen über den Kommunikerprozess in Köln“, daß „die preussische Post mit Beobachtung des Postgeheimnisses die sonderbare Vorlesung verbindet, sei sie verpflichtet, die ihr anvertrauten Briefe vor dem Adressaten geheim zu halten“. Rechts weiter ist auch die bange Frage nach den nichtigen Beziehungen der Schymänner in Mühlhausen. Wenn erst die letzten Schalen der heutigen „Ordnung“, wozu sogar die Unterpolitisten Kaltendach zu wanken beginnen, dann mag es den hohen und höchsten „Ordnungs“-repräsentanten allerdings unheimlich genug werden. Der Anfang vom Ende!

Schließlich noch den Brief Schmidt's an die Stuttgarter Polizei und die Rückantwort:

*) H. ist ein aus Mühlhausen gebürtiger Arbeiter, der zu seiner Zeit als Schreiner in Zürich arbeitete.

Jülich, d. 24. September 1882.

„An die königliche Polizeidirektion in Stuttgart.
„Meine ergebene Offerte von vor. Woche, betreffend Mittheilungen über die hiesige Zentrale der deutschen Sozialdemokratie, befristend, würden Sie durch eine geneigte baldgefällige Entscheidung recht sehr verbinden
Ihren

hochachtungsvoll ergebenen
F. Schmidt.“

Adresse à Discret.
Einschreiben! F. Schmidt 263.
poste restante Jülich.

„Herrn F. Schmidt, Jülich
wird hierauf erwidert, daß wir nicht in der Lage sind, von Ihrem Anerbieten Gebrauch zu machen.
Stuttgart, 2. Oktober 1882. R. württ. Stadtdirektion
Hofst.“

Nun muß man nicht etwa glauben, daß politisches Ehrgefühl diese Ablehnung herbeigeführt. Denn der verhältnismäßig lange Zeitraum zwischen erster Anfrage und schließlichem Entschieden beweist, daß man zuerst schwante und zur Annahme neigte. Daran zweifelt Niemand, der die Stuttgarter Polizeigrößen Honold, Kern und Konsorten kennt. Entweder traute man dem Angebot nicht und suchte hinter demselben eine von den Sozialisten aufgestellte Falle, oder, was das Wahrscheinlichere ist, die Berliner Polizei-Zentrale sorgte reichlich genug für ihre Freunde am Resenbach, die gerne bereit sind, jedem Winke von dorthin händlich zu folgen.

Wir brechen hier ab. Wer sich für das Genauere interessiert — und das wird gewiß nicht nur bei Parteigenossen der Fall sein — dem empfehlen wir das Studium der oben erwähnten Broschüre. Sie stellt die Herrlichkeit des Madai'schen Reichs in so blendendes Licht, daß wohl auch manchem Wüthen die Augen darüber angehen werden. Bemerkenswert sei noch, daß Schmidt innerhalb drei Monaten aus Dresden und Mühlhausen Polizeimittheilungen aktenmäßig nachweisbar zusammen Bl. 975. — empfangen hat. Wenn der Junker Bismarck sagt, daß er die „grrrroße Sozialreform“ aus Mangel an Geldmitteln nicht durchführen könne, so sehen wir doch, daß er für seine Schußelgarde stets die Mittel zu beschaffen weiß, so lange der betagene deutsche Michel bereitwillig zahlt. Aber auch das wird eines Tages aufhören, und dann ist es aus mit dem System Bismarck; dann fällt nicht nur der Mantel, sondern auch der Herzog mit ihm!

Verbrecher-Album.

Russisches aus Halle a. d. Saale.

Halle, im Oktober 1882.

Das Gebahren der hiesigen Polizei veranlaßt mich, noch einmal auf den Artikel in Nr. 17 des „Sozialdemokrat“, „Verbrecheralbum“ übergeschrieben, zurückzukommen —, die da getennschickten Herren (nämlich, als wäre ihnen zuviel geschehen). In Wahrheit ist aber der Artikel noch verhältnismäßig milde gefaßt, man könnte ganze Bände darüber schreiben, was hier unter der Schandwirthschaft des Herrn von Holly möglich ist.

So hat der Polizeihahn in dem Prozeß des Muttermörders Klüg vor mehreren Jahren einen Reineid — Dienleid — für 4000 Thlr. geleistet; er bekaufte nämlich, vom Hotel „Stadt Jülich“ die Rathhausuhr gesehen zu haben, was nicht möglich ist, weil der sogenannte rothe Thurm dazwischen steht, und sagte aus, er habe so und so viel Minuten nach 9 oder 10 Uhr den Krügel dort gesehen, was auch nicht wahr ist. Hat doch die Verhandlung in Sachen des Krügel zur Genüge bewiesen, wo der Krügel zu der von Holly angegebenen Zeit war.

Aber keine Anklage auf Reineid erfolgte.

Welche Plage diese Wächter der Ordnung für die Geschäftseute sind, darüber liegen sich Bücher schreiben, hier sei nur ein Fall erwähnt: Derselbe Holly entnahm vom Kürschner Jakob für sich und seine Familie Pelzwaren, ohne indeß dem Mann auch nur zu sagen, daß er nicht bezahlen will; natürlich fällt ihm das Begehren gar nicht ein. Für ihn und seinesgleichen gilt eben der Grundsatz: Wir nehmen, wo wir es finden.

Im Jahre 1879 bestellte der Polizeihahn die unverschämte Bekleid des Kochmittags, wo er wußte, daß ihn Niemand äderte, auf die Polizeiwachtstube und nothdürftigte sie. Das Mädchen ging zur Staatsanwaltschaft, wurde aber wegen Beamtenbeleidigung zu vier Monaten Gefängnis verurtheilt. Sie appellirte und das Oberlandesgericht in Rammburg a. S. verwies die Sache zur nochmaligen Verhandlung nach Halle zurück, das Mädchen wurde zum zweiten Male verurtheilt, diesmal aber nur zu acht Tagen. Nach abermaliger Appellation in Rammburg a. S. wurde sie freigesprochen, weil eine Jungin austrat, die Frau des Kassiers des hiesigen Stadttheater, die ebenfalls von Holly genothdürftigt worden war.

Der Polizeihahn blieb aber im Dienste der Ordnung und Moral. Rette Ordnung und Moral, nicht wahr?!

Der unter dem Namen der hübsche Wilhelm bekannte Polizeihahn Kottig, — er trägt Nr. 31 — fiel die Frau des Brauereibesitzer Rauchfuß Abends auf hiesigem Königspolze an. Sie wollte nämlich ihrem Mann entgegengehen, der zu seinem Schmiech gegangen war. Herr Rauchfuß erhielt zur Antwort auf seine Beschwerde, wie sollten denn die Beamten ohne derartige Experimente eine wirkliche Dine erkennen? Man bedauerte, daß es gerade solche Leute, wie Herrn Rauchfuß, betroffen habe. Bei einem Arbeiter wäre es wahrscheinlich in der Ordnung gewesen.

Ein Beweis, daß auch das Faustrecht von Herrn von Holly nicht nur gebildet, sondern auch gefördert wird: Der Polizeihahn Briefe schleppte den Student der Medizin Kdgrich aus Steindach-Hallenberg Nachts in angetrunkenem Zustand auf's Rathhaus, dort wurde der junge Mann von Briefe, welcher ein großer starker Mensch, während der Student klein und schwächlich ist, geschlagen, daß ihm das Blut aus Nase und Mund draug. Dann wurde er hinaus eskortirt. Die Sache verlief aber diesmal anders, der Vater war ein Regierungsbeamter und war nicht klein zu kriegen. Briefe bekam sechs Monate Gefängnis, ging aus dem Dienst ins Gefängnis und aus dem Gefängnis wieder in den Dienst. Seiner Frau wurde in ihres Mannes Abwesenheit der volle Gehalt ausgezahlt, womit sie nicht wenig prästete.

Nun zum seitherigen Kriminal-Kommissar Ebert. Dieser Ordnungsmann betrieb die Spiegeltreibe on groß. Alles anzuhäufen, würde uns zu weit führen; ich will deshalb nur Einiges herausgreifen. Ein hiesiger Delikatessenhändler, Neumann, hatte mit seiner Frau den Entschluß gefaßt, sich und ihren zwei Kindern (das dritte war bei Vermandten in Rammburg a. S.) durch Kohlendampf das Leben zu nehmen und hatte diesen Entschluß auch zur Ausführung gebracht; der Mann und die Kinder blieben tot — die Frau war nach der Meinung Eberts gleichfalls nicht mehr zu retten.

Wie es in solchen Fällen in der Regel zugeht, so auch hier: Der Herr Kommissar und ein paar Polizisten waren die ersten auf der Unglücksstätte, damit nicht etwa etwas gefohlen werde. Es wurde u. A. ein nach Rammburg a. S. adressirtes Koffer vorgefunden und dieser von Herrn Ebert selbst mit Beschlag belegt. Wie sich später herausstellte, enthielt der Koffer die Werthpapiere der Eheleute, die für das überlebende Kind bestimmt waren. Die Frau starb aber nicht. Ebert's Hoffnung bestand nun darin, die Frau werde wegen Mord und verfluchten Selbstmord mehrere Jahre Justizhaus bekommen und sein Klaub gesichert sein. Das Schwanergericht in Halle a. S. sprach aber die Frau frei. Die Frau forberte im Verein mit dem Vormund des dritten Kindes, Restaurateur Sast, ihr Eigenthum zurück. Ebert machte aber allerhand Ausfälle, schickte der Frau ganz werthlose Gegenstände, die sie aber zurückgab, bis sie schließlich die Gehalt verlor und den Kriminalbeamten Weiß besaß, die Sache doch einmal Herrn von Holly

vorzustellen. Aber, o weh, der arme Weiß kam schlecht an! Holly schnauzte ihn an und sagte, wenn erst ein Beamter den andern schlecht mache, dann höre alles auf, er, der Weiß, möchte sofort seinen Dienst quittiren. Weiß war aber nicht Anständig und sagte, es gäbe noch einen Kronprinzen von von Preußen (was der da eigentlich mitzuschaffen hat, habe ich nicht erfahren können) und blieb im Dienst.

Die Herren haben auch mächtige Furcht vor ihren eigenen Leuten. So sagte der Polizeihahn gelegentlich, als man ihn wegen seiner Streiche zur Rede stellte, wenn er springen müsse, sage er so viel, daß alle seine Vorgesetzten hinter Schloß und Riegel kämen.

Nun, hoffentlich verheißt ihm diese Zeiten dazu. Wir wären doch begierig, diese Amtsgeheimnisse kennen zu lernen.

Jetzt zum Ebert zurück. Dieser saubere Patron trieb seine Schwindelien ruhig weiter. Er hatte Strafgelehrte einzuziehen, wenn er aber gelegentlich nach dem Verbleib gefragt wurde, hatte er immer Extra-Ausgaben gehabt; so ein Kriminalkommissar kann sich schon ausreden. An den Fleischermeister Dettenborn war eine größere Geldzahlung von der Post aus zu bestellen, sie wurde aber irrtümlich an den Fleischermeister Dettenborn ausgezahlt. Die Sache blieb indeß nicht verschwiegen, Ebert holte das Geld, lieferte es aber nicht ab, und als der Fleischer Dettenborn sich später bei der Behörde beschwerte, wurde ihm zur Antwort, so ein reicher Fleischer brauche um so ein paar Thaler keinen Karm zu machen!

Solche und ähnliche Dinge könnte ich noch in Massen anführen, werde es auch vielleicht später thun. Endlich fand der Ebert doch seinen Mann, ein Kollege von ihm, der jetzige Bürgermeister in Panchstedt, schenkte der Staatsanwaltschaft klaren Wein ein, und diesen ordnete Ebert's Verhaftung an. Jedoch Herr von Holly schien in dieser Sache eine andere Meinung zu haben, er ließ Haftbefehl Haftbefehl sein, verhandigte sich mit seinem Ebert, verschaffte ihm aus dem geheimen Polizeifond das nöthige Reisegeid, mit welchem sich unser Ebert schleunigst drückte. Herr Holly hatte nun nichts Giltigeres zu thun, als 14 Tage später einen Steckbrief zu erlassen, in welchem der re. Ebert gesucht wurde. Der Steckbrief wurde aber nicht mehr erneuert, trotzdem Ebert drei Viertel Jahre fort war; nach dieser Zeit kam er, wahrscheinlich von seinen Freunden verlossen, hierher zurück. Nach vierzehntägigem Aufenthalt wurde ihm die Sache selbst zu langweilig, und ging nach Leipzig, um sich verhalten zu lassen. (Die Halle'schen hatten nicht den Muth oder waren zu „mittelidig“, ihren Kollegen zu verhaften). Nun begann ein Prozeß; die ganze Stadt war in Aufregung, die Spießbürger küßerten sich in die Ohren: Jetzt ist's mit der ganzen Gesellschaft aus, nun kommt viel an den Tag! Aber, o Schreck! Es stellte sich heraus, daß die wichtigsten Akten verschwunden waren, — und Ebert wurde wegen Mangel an Beweisen freigesprochen, und befindet sich jetzt im Kontor des konservativen Kommerzienrath Riebeck in Halle a. S.!

Zu Nr. 17 d. Bl. von diesem Jahrgang wurde gesagt, der Nachwachmeister Gebhard könnte, auf sein Wohlgefallen hin beurtheilt, auch ein Verbrecher sein, hätte er nicht den jetten Posten. Aus Nachfolgendem werden die Leser ersehen, daß er es auch wirklich ist, und zwar an seinem eigenen Sohn, dem in Vera hingerichteten Commis Gebhardt. Er trieb sich mit seinem Kamm der Schule entwachsenen Euben in Bordellwirthschaften — die Restauration in der Herrenstraße Nr. 14 sei hier nur erwähnt — herum, selbstherrlich wurde Gebhard junior durch solche Anleitung zum Dieb und Betrüger, da er kolossale Geldsummen mit liebedürftigen Dinen verproviant, und zuletzt zum Mörder an seinem Prinzipal, damit dieser ihn wegen seiner Betrügereien nicht verhaften lassen konnte.

Nach alledem darf es nicht Wunder nehmen, daß die Halle'sche Polizei, wie aus einer in der hiesigen „Saalezeitung“ veröffentlichten Notiz hervorgeht, die verhältnismäßig thenerste in ganz Deutschland ist. Ein bekanntes Wortspiel sagt, es gibt in Halle drei Sorten Menschen: Hallenser, Halloren und Hallunken. Halloren heißen die Arbeiter in den Salzwerken, sie gehören keiner politischen Partei an, schicken aber alljährlich zu Königs Geburtstag eine Deputation nach Berlin, um „ihrem“ König zu gratuliren — bei welcher Gelegenheit diese von dem Hofgeschmeiß als eine Art untergeordnete Kreaturen beangenehmigt werden*) Die Hallenser, bilden die Masse der Bevölkerung: Arbeiter, Handwerker, Gemeinbedienende u. Die Hallunken aber — nun, wer nach dem Obengeschilderten nicht weiß, wo in Halle die Hallunken zu finden sind, an dem ist sicher Poppen und Mal verloren!

Und nun Ihr deutschen Philister, die Ihr Euch so erhaben glaubt über die Korruption im republikanischen America, was sagt Ihr nun? Wollt Ihr noch immer nicht begreifen, daß auch im Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte die Korruption ihre Heimstätte hat, und sich von der amerikanischen nur dadurch unterscheidet, daß sie es besser versteht, sich in den Mantel der Ehrbarkeit zu hüllen, und daß sie in der Lage ist, ihren Opfern durch Furcht und andere Knebel den Mund zu schließen. In das Ausland muß sich die Stimme der Entrüstung flüchten, die Wahrheit kann nur auf Schmutzwegen dem deutschen Volk mitgetheilt werden.

Raffe Dich auf, o deutsches Volk, raffe Dich auf zum heiligen Kampf gegen Betrug und Unterdrückung! Laßt nicht ab, Ihr, die Ihr schon im Kampfe steht, in Eurem gerechten Eifer! Kein Friede, kein Waffenstillstand mit den Verbrechern am Volk, keine Halbheit! Nicht nur die Korruption gilt es anzukämpfen, sondern auch ihre Ursachen, ihre Wurzel: die politische Unterdrückung, die ökonomische Ausbeutung. Wenn Keiner mehr aus dem Schweige seiner Mitmenschen für sich Kapital schlagen kann, wenn Niemand mehr sagen kann, ich bin mehr als mein Mühlbürger, dann hat auch die Korruption ein Ende. Darum nieder mit dem heutigen Klassenstaat, es lebe die Gesellschaft der Freien und Gleichen, die sozialistische Republik! Sutterob.

Sozialpolitische Rundschau.

Jülich, 22. November 1882.

— Kehrt nur vor Eurer eigenen Ehre! Nach der Schlacht von Tel-el-Kebir suchte der deutsche Nordpatriotismus den Sieg der Engländer — denn von Rechtswegen dürfen natürlich nur preussische Generale siegen — dadurch zu verkleinern; daß er in fittliche Entrüstung über von englischen Soldaten an egyptischen Verwandten angeblich verübte Gruelthaten anbrach, allen voran das liberale „Weltblatt“ vom Rhein, die brave „Kölnische Zeitung“:

Wir sagten, „angeblich verübt“, weil die von der „Kölnischen“ mitgetheilten Vorgänge englischerseits besprochen werden, aber selbst wenn sie wahr wären, hätte Niemand weniger Recht, darüber zu lamentiren, als der deutsche Nordpatriot. Die betreffenden Gruelthaten wären doch immer nur von Soldaten in der Wuth des Kampfes begangen worden, den englischen Führern aber wagt selbst der famos Kriegsberechtigter der „Köln. Zeitung“ nichts anzuhängen. Wie sieht es aber im Lager dieses edlen Blattes aus?

Die Berliner „Volkszeitung“, deren hyperenglischen Standpunkt wir natürlich durchaus nicht theilen, hat sich bis Vordienst erworben, der „Kölnischen Zeitung“ erwiesene Thatfachen aus der von diesem Blatte so sehr verdimmelten Hohenzollernsphäre unter die Nase zu reiben, frei-

*) Der oben charakterisirt Dampzins Ebert war ein Hallorensohn, und waren seine Stammesgenossen immer recht stolz auf „ihren Karl“. Es hieß immer unter ihnen: „Was Karl erst in die Hände kriegt, das kommt auch an den Tag“.

lich ohne die nötigen Konsequenzen aus denselben zu ziehen. Diese That- sachen verdienen die weiteste Verbreitung und halten wir es für unsere Pflicht, ihrer hier im Parteiorgan zu erwähnen.

Zunächst ist es Wilhelm, der „Heldengreis“, welcher als Zeuge aufmarschiert. In seinem Bericht über die Niederwerfung der badischen Revolution, wo er als Oberbefehlshaber der preussischen Truppen fungierte, schreibt er:

„Jeder Soldat hatte sich eine bestimmte Meinung über das verbrechen- reiche Treiben der Rebellen mit zur Stelle gebracht und durch die eigene Anschauung der Verhältnisse nur noch mehr befestigt, so daß es allein den angekrengeltesten Bemühungen der Offiziere zuschreiben ist, wenn in dem Gefechte überhaupt Gefangene gemacht worden sind.“

Natürlich hatten die Soldaten „die bestimmte Meinung“ nur erst bilden können auf Grund der Aufregungen durch die Offiziere, da sie sonst überhaupt nicht gegen ihre Landsleute in's Feld gezogen wären, sie bildeten sich ein — gerade wie die Engländer —, mit dem Abschaum der Menschheit zu thun zu haben. Nach gewonnenem Schlacht ist es natürlich sehr billig für die Herren Offiziere, „human“ zu sein, damit ihr Ruhm durch das Gemetzel nicht beeinträchtigt werde, kein denkender Mensch wird aber die verletzten Soldaten für Ausschreitungen verant- wortlich machen, die nur die logische Folge der ihnen beigebrachten Lügen sind. Es ist also Plankerei, wenn da die preussischen Brutalitäten den Soldaten in die Schuhe geschoben werden.

Das war 1849. Seitdem sind natürlich Fortschritte in der Humanität gemacht worden. Namentlich ist es der Abgott der „Königlichen“, Bis- marck, der durch seinen Busch der Welt kund thun ließ, wie „der größte Staatsmann des Jahrhunderts“ über moderne Kriegsführung denkt.

Besonders erbittert war, wie Busch in „Fürst Bismarck und seine Leute“ mitteilt, der Herr Reichskanzler im Jahre 1870 gegen die Frank- tireurs (Freischärler). Schonung derselben bezeichnet er „als kräf- tige Trägheit im Erschießen.“ „Das ist Landesverrath“, fuhr er fort. „Unsere Leute sind für beim Schießen, aber nicht beim Er- schießen. Man sollte alle Dörfer, wo Verrath vorkommt, sofort an- zünden und alle männlichen Einwohner hängen. Auf einen Trupp Franktireurs, dem er nach Gravelotte begegnete, ritt er zu und erwiderte die Unglücklichen mit den Worten: „Vous serez tous pendus!“ (Ihr werdet alle gehängt!) Die Mitteilung dieses „keinen Intermezzo's be- gleitete er mit den Worten: „Der eine davon sing dann laut zu stimmen an!“

Wiederholt spricht sich der Geniale auf das Entschiedenste dagegen aus, daß Franktireurs überhaupt in Gefangenen gemacht wurden. „Daß sie Franktireurs noch immer zu Gefangenen machen“, ruft er, „man hätte sie der Reihe nach süßlirt sein lassen.“ Die Klage, daß nicht genug erschossen wird, zieht sich wie der rote Faden durch das Tagebuch, und der Mi- nister findet besonders Gefallen an den Bayern, weil sie mit dem Tod- schießen der Franktireurs rasch bei der Hand sind. „Unsere Norddeutschen halten sich zu sehr an den Befehl. Wenn so ein Buschlepper auf einen holländischen Dragoner schießt, so steigt er erst vom Pferde und läuft mit seinem schweren Säbel dem Kerl nach und singt ihn. Der Bayer macht's anders, der weiß, daß Krieg ist, der hält noch auf gute Sitten. Er wartet nicht ab, bis von hinten auf ihn geschossen wird, sondern schießt zuerst.“

Späterhin dachte sich der Groß gegen das Gefangennehmen auch auf die regulären französischen Truppen aus. Bei einem Ausfall der Pariser Garnison waren 500 Rothkappen in Gefangenschaft geraten. Der „Chef“ bedauerte lebhaft, „daß man noch Gefangene machen müsse, sie nicht gleich todschießen könnte.“

Au einer anderen Stelle heißt es: „Wenn wir in unserem Kreise nicht Alles mit Garnisonen versehen können, so schicken wir von Zeit zu Zeit eine stiegende Kolonne nach solchen Orten, die sich reaktiv (halsstarrig) benehmen, erschließen, hängen und senzen.“ Dem Einmann, daß Letzteres nicht nötig, das bloße Erscheinen des Exekutionskommandos vielmehr ausreichend wäre, begegnet der „Chef“ mit dem Bemerkten: „Na, ich weiß nicht, ein mäßiges Hängen wirkt doch wohl noch besser, und wenn ein paar Granaten hineingeschickt werden und ein paar Häuser abbrechen.“

Bei solchen Ansichten von Oben ist es kein Wunder, wenn in allen Theilen des Heeres schließlich die nackte Brutalität Anhänger und Volk- strecker fand. Und zwar wurde sie nicht nur gegen den Feind, sondern auch gegen die eigenen Leute geübt. Es geht uns darüber ein Brief eines siddenschen Arbeiters zu, den wir, gleichfalls zu Nutzen des deutschen Michels, an dieser Stelle folgen lassen:

Aus Rheinheffen. Die liberalen Tagesblätter in Deutsch- land sind jetzt voll süßlicher Entrüstung über die von englischen Soldaten auf dem Schlachtfeld von Tel-el-Kebir an ägyptischen Ver- wundeten verübten Schändlichkeiten. Es sollen sogar verwundete Feinde erschossen worden sein.

Gebt Acht, Ihr Herren liberalen Zeitungsschreiber, was jetzt kommt, und dann lehrt vor der eigenen Thüre.

Der Kommandeur der 49. Infanteriebrigade, Generalmajor von Wittich, ließ beim Vormarsch in die Schlacht bei Gra- velotte mit dem Säbel so unbarbarisch auf mehrere seiner Sol- daten ein, daß einige von diesen zusammenstürzten. Ob nun die be- treffenden schon durch die übermenschlichen Strapazen halb zu Tode gekehrten Soldaten von ihrem Brigadekommandeur vollends todt- geschlagen worden waren, konnte ich nicht sehen, denn ich war zu weit entfernt davon.

Ein anderes, aber ähnliches Bild: Hauptmann und Kompagnieführer von Weisershausen im Großh. Hess. 2. Jägerbataillon, wollte einen auf der Straße beim Marsche liegenden gebildeten Soldaten todttreten. Der Mann war so- lange mitmarschiert, bis er zusammenstürzte. Erst als der Unmensche sah, daß er sein Pferd hierzu nicht bringen konnte, ritt er statt über denselben, an ihm vorbei, natürlich unter den üblichen brutalen Bemerkungen, um die ja kein deutscher Offizier verlegen ist.

Ein weiteres und gleichzeitig für heute das letzte Bild: Ich kannte einen deutschen Krieger, welcher eine wehrlose Frau in Frankreich zusammenschloß, und zwar weil sich dieselbe seinen Anordnungen nicht fügte. Unstilles war es indes nicht, was der Mann von der Frau verlangte. Was er aber von ihr wollte, das sage ich nicht, es könnte sonst leicht kommen, daß man zu den da- maligen vielen Wordthaten eine neue hinzufügte, denn Wilhelm liebt die Gerechtigkeit. In der Abtheilung wußten es Alle, daß der Mann die unselige That begangen hat, aber verrathen hat es Keiner.

Nun, Ihr liberalen Zeitungsschreiber, was sagt Ihr zu diesen drei angegebenen Akten? Daß die Offiziere der deutschen Armee so roh sind, das haben wir Euch Augenzeugen zu danken! Daß der Soldat diese barbarische Handlung begehen konnte, haben wir in erster Linie wieder nur Euch und in zweiter Linie Euren blutdürstigen Vorgesetzten zu danken. K. N.

Ich mache den Vorschlag, daß von Zeit zu Zeit derartige Heldent- thaten, wie ich sie hier zum Besten gegeben, im Parteiorgan ver- öffentlicht werden.

Jedenfalls genügt das Ritzegefühl, um den edlen Menschenfreunden der „Königlichen Zeitung“ den Mund zu stopfen. „Charity begins at home“, sagt der Engländer. Wenn Ihr für die Interessen der Mensch- lichkeit eintreten wollt, so fangt nur erst zu Hause an. Arbeit gibt's da genug.

Zeiten halten wir es für unsere Pflicht zu zeigen, wie eine Republik nicht nur ihre Staatsangehörigen schützt, sondern auch diejenigen, welche unter dem Schutz ihrer Gefesse leben.

Vor einiger Zeit wurden an der schweizerisch-österreichischen Grenze auf dem Bahnhof von St. Margarethen zwei Genossen von österreichi- schen Zollbeamten angehalten, welche sozialistische Schriften heimlich mit sich führten. Da sie die österreichische Zollgrenze schon passiert hatten, sich aber noch auf Schweizerischem Gebiete befanden, so hätten die Oester- reicher höchstens das Recht gehabt, die Schriften zu beschlagnahmen. Statt dessen ertrudeten sie sich, die beiden Sozialisten über die Grenze zu trans- portieren, wobei sie sich, wie einer der Verhafteten, Genosse Velli, in einem Briefe mittheilte, von einem schweizerischen (St. Gallen) Landjäger unterstützen ließen.

Daranstimmte Genosse Conzett, der Redakteur der „Arbeiter- stimme“, nach St. Gallen, um dem dortigen Regierungsrath Kenntniß zu geben. Bereitwillig sandte der Vorsitz der St. Gallischen Polizeibe- rathung, Landammann Dr. Curi, den Landjägerhauptmann mit Conzett zur Untersuchung nach St. Margarethen. Das Resultat derselben ergab die Bestätigung der Angaben Velli's.

Das war am Dienstag, den 14. November, Abends. Mittwoch Vor- mittag war der Landjäger in St. Margarethen — hier aus Graubün- den — vom Regierungsrathe aus dem Dienste ent- lassen. Das ist schnelle und gerechte Justiz!

Anßerdem hat die St. Gallen Regierung, unannehmlich vor zweitem Male, beim Bundesrath die Beschwerde gegen die illegale Verhaftung unserer zwei Genossen erhoben und energisch die Freilassung der Ver- hafteten gefordert. — Auch die Zürcher Regierung wird Genossen Velli als Zürcher Niedergelassenen reklamieren.

Wenn der Bundesrath, schreibt die „Arbeiterstimme“, nur halbwegs so viel Eifer entwickelt, wie dies verdankenswerther Weise die St. Gallen Regierung gethan, dann werden die Verhafteten frei. Der Bundesrath wird nicht dulden, daß monarchische Beamte auf Schweizergebiet Ver- haftungen vornehmen können!

Inzwischen sitzen aber unsere Genossen seit jezt bald 10 Wochen in Zeldlich in Haft — ohne daß das dortige L. L. Gericht auch nur Miene machte, Anklage gegen sie zu erheben. Das Ding müßte ja auch wunder- bar ansehn. Sie haben nicht den Muth, sie anzuklagen, und nicht die moralische Kraft, sie freizulassen. Und die österreichischen Grenzjäger, die ihre Funktion überschritten, werden für ihren Eifer noch extra Belobigung erhalten. Denn im Habsburgischen Kaiserthum ist das Volk für die Be- amten da, nicht aber die Beamten für das Volk.

— Aus Leipzig, 18. November, schreibt man uns: Am 10. und 11. d. M. wurde von den Herren Bourgeois — hier wie anderwärts — nach althergebrachter Gewohnheit tüchtig in Schiller- und Luther- feier gemacht. Da mußten sich Luther und Schiller gar viel gefallen lassen. Während Ersterer auf den Antarkamp-Klepper gesetzt und in einen Bismarck'schen Mikatolischen verwandelt ward, hatte der arme Schiller Polizeidienste zu thun gegen die — Sozialdemokraten. Das Verdienst, in dem Dichter des Fiesko, des Wilhelm Tell und des Kiebes an die Fremde*) („Diesen Ruf der ganzen Welt!“) einen Spezialfeind der Sozialdemokraten entdeckt zu haben, gebührt dem hiesigen Buchhändler Cavaci, vor 1848 und in jenem „tolken“ Jahr noch ein eifriger De- mokrat, ja Republikaner, vertrautester Freund Robert Blum's, seitdem aber Nationalliberaler und Bismarckler vom Kopf (oder um sicherer zu gehen, sagen wir lieber: vom Scheitel) bis zur Fehle. Das ist so der Typus des Durchschnitts-Achtundvierzigers, soweit er der Bürgerklasse angehört. Als es galt, die bürgerlichen Forderungen durchzusetzen, da waren die Herren freiheitsbegeistert, schworen den Tyrannen Krieg bis auf's Messer, feierten den Aftentäter Tschach in Liedern und auf Taschentüchern und Schnupftabakdosen, waren Sozialisten, ja Kommunisten — und seit sie ihr Schicksal in's Trodene gebracht, sind sie „antiantis“, fett und zufrieden und schimpfen auf die Bestrebungen ihrer Jugend.

Wie sollte es auch anders sein? Eine Klasse, welche die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zur Existenzbedingung hat, kann un- möglich im Ernst demokratisch sein — von sozialistisch u. s. w. gar nicht zu reden. Jedenfalls kann man es aber dem Volk nicht übel nehmen, wenn es den Namen Achtundvierziger als ein Schimpfwort betrachtet.

Unsere hiesige Zeitung — ich meine nicht das Organ für Schweins- fäulnis und Risse, sondern das für die Regierungswelt der „ge- mäßigten“ Regierung: die „Leipziger Zeitung“ — beschäftigte sich in letzter Zeit ziemlich eifrig mit der Frage der Armenversorgung. Daß diese jetzt sehr mangelhaft und daß die Last der Armenunterstützung in der ungleichmäßigsten, ungerechtesten Weise vertheilt ist, das kann die „Leipziger Zeitung“ nicht abläugnen. Allein sie hat auch nicht die Kon- sequenz, den von Liebknecht in der Kammer gemachten Vorschlag der Erhebung des Armenwesens zur Staatsache zu bekräftigen, und da kommt sie denn auf die lausigsten Ausanstaltsmittel — um so komischer, weil sie sich die erbschaftliche Mühe gibt, human zu scheinen. Letzteres Bestreben hat nun einen ihrer Leser in die Walle gebracht, der in einer gehörigsten Zuschrift erklärt, die Versorgung der Armen sei lauter Larifari, man müsse die Armen ab schaffen, jedoch nicht in dem gewöhnlichen, sondern im Polizeisinne des Wortes, d. h. die Armen auf den Schubladen und zwangsweise in Kolonien deportieren, ihnen dort so viel verbrochen, daß sie nicht gerade verhungern, sie eine Zeit lang unter eiserner Jucht halten und dann ihrem Schicksal überlassen. Daß die Sozialdemokraten gelegent- lich mißdeportirt würden, versteht sich von selbst.

Der „Leipziger Zeitung“ war das denn doch etwas zu „starker Tabak“, und sie tanzt den biederen Zufuhrstiller recht gut ab.

Auf den Plan, der ja nicht gerade neu ist, will ich nicht eingehen, auch nicht an das bekannte Sprichwort erinnern: „Die Nürnbergler hängen keinen, ehe sie ihn haben!“ mit der Variante: Die Bismarcker depor- tieren in keine Kolonien, ehe sie welche haben. Ich will bloß — und das ist es, weshalb ich überhaupt die Sache erwähne — zur Erbauung der Leser mittheilen, daß der brave Zwangsdeportationsmann ein — Geis- tlicher ist, ein Prediger der „Religion der Liebe“, der Liebe vor Allen gegen die Armen!

Das ist die „christliche Liebe“, wie sie in Wirklichkeit aussieht, man packt die Armen, wirft sie, wie Exportvieh, auf Schiffe und setzt sie in irgend einem fremden Lande aus. Das Pfaffen (natürlich ein prote- stantisches) hat das „praktische Christentum“ des Junkers Bismarck, den es auch lebhaft bewundert, vortrefflich studirt, das muß man ihm lassen. Mich erinnert dieses neueste Pfaffenstückchen an das alte Sprichwort: „Wenn irgendwo eine ganz besondere Niedertracht verübt, empfohlen oder gerechtfertigt wird, dann ist es sicher ein Pfaffe, der's thut.“

Und so ist es. — Die polizeidirektorlose schredliche Zeit soll mit Schluß dieses Monats zu Ende gehen. Am 22. d. wird von der zum Behuf der Wahl einer geeigneten Persönlichkeiten niedergesetzten Kommission den Stadtverordneten Bericht erstattet und am 29. d. vom Stadtverordnetenkollegium eine defi- nitiv Wahl vorgenommen werden.

Von den Kandidaten, welche die meiste Aussicht haben — die Namen, soweit nicht schon genannt, sind gleichgiltig — ist der eine genau so — gut wie der andere. Hoffentlich legt der neue Befehl so gut und bringt hübsch „Leben in die Bude“ wie der alte. Für 10,500 Mark jährlich

*) Welches, wie jüngst ein Franzose behauptete und wofür alle Wahr- scheinlichkeit spricht, ursprünglich an die Freiheit gerichtet war. Viele Stellen deuten darauf hin, so namentlich der Schluß:

Männerholz vor Königsthronen,
Brüder, gibt's es Gut und Blut:
Dem Verdienste seine Kronen,
Untergang der Ärgernisse!

die wir bezahlen müssen, kann man auch schon etwas Ordentliches ver- langen. —

Heute kommt Hasenclever aus dem Gefängniß. In Punkt der „Freiheit“ wird er keinen Unterschied finden.

— Oesterreich. Noch einmal die Wiener Straßen- anruhen. Ueber das jeder Kritik spottende Verhalten der Wiener Polizei deren Ruf ohnehin längst der denkbar schlechteste ist, schreibt uns unser Gewährsmann:

Was ich Ihnen in meinem vorigen Brief geschrieben, beruht nicht auf Zeitungsnachrichten, sondern auf eigenen Beobachtungen. Die Schwester eines meiner Bekannten mußte jeden Abend beim Heimweg den „Kriegshauptplatz“ passieren, und obwohl ihr Bruder, der sie regel- mäßig abholte und heimgeliebt, dafür sorgte, daß sie nicht allzufehr in's Gedränge kamen, hat er doch Szenen der impertinentesten und unge- rechtigsten Rohheit von Polizei und Militär miterleben müssen. Ihn ließ man, weil er „anständig“ aussah und ungehorsam, aber kein Arbeiter passierte, den nicht irgend eine dieser Kanakeln angepöbeln hätte, und mit „Bogasse“, „Kanaken“, „Gefindel“ u. similitur hätte. Dabei suchten die Kerle mit ihren Säbeln jedem vor der Nase herum, und wehe dem, der es sich beifallen ließ, auch nur das geringste Wort zu erwidern! Sogleich fiel man über ihn her und mißhandelte ihn, um ihn schließlich wegen „Aufruhrs“ zu eskortieren.

„Ich war“, so äußerte sich mein Freund, „außer mir vor Wuth, und wenn ich nicht meine Schwefelker bei mir gehabt hätte, ich hätte meiner Ent- rüstung lauten Ausdruck gegeben. Ich wundere mich nicht, daß es zu Erzeßen gekommen ist, sondern darüber, daß man so ruhig gelassen ist.“

Von Aufsammlungen zu reden, ist lächerlich. Ein Viertel der Bevöl- kerung Wiens mußte den „Kriegshauptplatz“ passieren, um von der Arbeit nach Hause zu kommen; wenn man nicht einen Umweg von oft einer Stunde machen will, was kein milder Arbeiter gern thut. So wie die Schwefelker meines Freundes, waren Tausende von Anderen, Fabrikarbeiterinnen u. Kinder, und natürlich Massen von Arbeitern gezwungen, den Weg durch die Mariabilder- und Westbahnlinie zu nehmen. Jetzt bedanke man noch die Menge Neugieriger, die da hinaus- strömt und bewirkt, daß Gruppen stehen bleiben, um sich zu bespucken, und man wird es natürlich finden, daß Stauungen vorkommen. Und wo sich das Volk staut, da reitet man mit Kavallerie in scharfem Trabe hinein. Die Bestien!

„Ich weiß ferner aus guter Quelle, nämlich von einem der beteiligten Soldaten selbst, und das bitte ich Sie nach nachzutragen, daß an das Militär scharfe Patronen vertheilt wurden, mit der Orde, bei der ersten Widergehrigkeit zu schießen, und zwar gleich das erste Mal scharf. Nicht über die Köpfe, sondern auf die Füße zu zielen.“

Das ist doch der Gipfel der Niedertracht!

— Italien. Endlich liegt uns ein ausführlicher Bericht über den Ausfall der italienischen Wahlen vor, so daß wir in der Lage sind, die Kräfte unserer Genossen abzuschildern. Wenn man bedenkt, daß das Wahlrecht in Italien immer noch an einen gewissen Jenseit oder Bildungs- nachweis geknüpft ist, so daß kaum 30 Prozent aller erwachsenen Männer stimmfähig sind, die große Klasse der Arbeiter daher des Wahlrechtes noch beraubt ist, so kann man mit dem erreichten Resultate nur zufrieden sein. Unsere Genossen haben ihre Kräfte erprobt und werden die ge- machten Erfahrungen in Zukunft zu berücksichtigen wissen.

In Ganzen beträgt die Zahl der für die sozialistischen Kandidaten ab- gegebenen Stimmen 49,154, d. h. 4 Prozent sämtlicher Stimmen.

Gut für unsere Genossen wählten: Forlì (Cipriani, der im Frei- jahr zu lebenslänglichem Bagno verurtheilte Kommunekämpfer, 2148 St., Costa 1081, Guacchi-Bianchi 420), Frosinone (Costa 2834 St., der zweite nach den Bewählten), Livorno (Barbanti 1970 St.), Lodi (M. Anelli 1580 St.), Mantua (M. Ronca 3683 St., nur wenig schieden an der Majorität), Parma (M. Masini 3100 St., gleichfalls mit nur geringer Differenz unterlegen), Pavia (G. Locatelli 2786 St.), Pesarolo- Urbino (M. Costa 2514 St.), Ravenna (M. Costa 3564 St., ge- wähl't), Reggio-Emilia (Barbanti 2946 St.), Rocca S. Cas- piana (M. Brunnicardi 2536 St., gewähl't).

Die man sieht, überwiegt Mittelitalien. In Mailand sind unsere Genossen gegen die Republikaner unter- legen, welche einen Arbeiter, den Schriftsteller Rassi, auf ihre Liste genommen hatten. Doch erhielt Guacchi-Bianchi, der Redakteur der „Pieve“ gegen 1200 Stimmen.

Es handelt sich nunmehr um die Frage, ob Costa in das Parlament eintreten soll oder nicht, da der Eintritt von der Ablegung eines Schwurs abhängig ist. Die Mailänder „Pieve“ schreibt darüber: „Wir hoffen, daß die Genossen der Romagna den erlangten Sieg vollständig aus- nützen und so vernünftig sein werden, nicht die lächerliche Fidesfrage zu erheben, da der Eid unter den Umständen, unter welchen er abgelegt wird, Niemandes Gewissen binden kann. Keinenfalls darf er ein Hinderniß sein, von dem ein Revolutionär sich den Weg versperrt läßt. Die Frage lautet: Ist es nützlich und zweckmäßig, daß ein revolutionärer Sozialist ins Parlament eintritt? Uns scheinen die Gründe bei Weitem über- wiegend, um darauf mit Ja! zu antworten.“

Uns auch!

— Zwei Urtheile russischer Sozialisten über die russische revolutionäre Bewegung. Stepniak, der ehemalige Redakteur der „Semlja Wolja“ (Land und Freiheit) ein Mann des Gedankens und der That, der alle Pfafen des russischen Kampfes aktiv mitgemacht hat, sagt in seinem, hoffentlich bald in deutscher Ueber- setzung erscheinenden Buche: „La Russia sotioranoo“ (Das unterirdische Rußland) S. 265 u. ff.:

„Nachdem die russischen Sozialisten anfangs, gleich der extremsten Fraktion der Internationale, daran festgehalten hatten, daß sich die So- zialisten von jeder Theilnahme an politischen Kampfe fernzuhalten haben, haben sie durch die unerbittliche Logik des Lebens und auf eigene Kosten lernen müssen, daß die politische Freiheit so- wohl für die Sozialisten als überhaupt für Alle, welche unter ihren Mitbürgern irgend einer Ueberzeugung Geltung verschaffen oder für eine Idee Propaganda machen wollen, nicht nur nützlich, sondern geradezu unerlässlich ist. Sie haben anerkennen müssen, daß der Sozialismus ohne jene elementaren Rechte nicht aus den beschränkten Grenzen der ge- heimen Gesellschaften heraustreten, noch einen entscheidenden Einfluß auf die Ueberzeugung der Volksmassen haben kann.“

„Da es in Rußland keine andere Partei gibt, welche fähig wäre, den Kampf mit dem Despotismus anzunehmen, so haben sich die russischen Sozialisten entschlossen, ihn auf eigene Rechnung zu führen.“

Dagegen sagt Plechanoff, der Redakteur des „Ischorni Peredel“ (Die große Landvertheilung) in der Vorrede zur russischen Ausgabe des „kommunistischen Manifestes“:

„Die russische sozialistische Bewegung beschränkt sich nicht mehr bloß auf diejenigen Schichten, welche man die studierende Jugend, das intel- lektuelle Proletariat u. s. w. zu bezeichnen pflegt. Die Arbeiter unserer industriellen Zentren beginnen ihrerseits „nachzudenken“ und sich nach Befreiung zu sehnen. Ungeachtet aller Verfolgungen der Regierung wer- den die geheimen sozialistischen Arbeiterorganisationen nicht nur nicht zer- stört, sondern sie erhalten immer größere Ausdehnung. Zu gleicher Zeit dehnt sich die sozialistische Propaganda aus und die Nachfrage nach popu- lären Broschüren, welche die Grundprinzipien des Sozialismus anein- anderlegen, wächst. Es wäre sehr wünschenswert, daß die russische Arbeiterliteratur, welche entstehen muß, die genannten Wege des mehr

*) In den größeren Wahlkreisen ist Listenwahl.

oder weniger verlässlichen Proudhonismus bei Seite läßt und sich die Popularisierung der Lehren Marx' und Engels' zur Aufgabe setzen.

Es ist wahr, bei uns ist noch sehr die Meinung verbreitet, daß die Aufgaben der russischen Sozialisten sich wesentlich von denjenigen ihrer westeuropäischen Genossen unterscheiden. Inwiefern abgesehen davon, daß das schließliche Ziel der Sozialisten aller Länder dasselbe sein muß, ist eine rationelle Stellungnahme unserer Sozialisten zu dem Eigentümlichkeiten der russischen ökonomischen Verhältnisse nur bei richtigem Verständnis der sozialen Entwicklung West-Europas möglich. Die Werke von Marx und Engels sind eine unerschöpfliche Quelle zur Erforschung der sozialen Verhältnisse des Westens.

Die letzten Sätze zeigen, daß Plechanoff, trotzdem er die gegenwärtige Lage der sozialistischen Propaganda optimistischer ansieht als Strepiauf, doch in dem Hauptpunkte mit ihm übereinstimmt, daß es nämlich eine Illusion ist, wenn man glaubt, über notwendige soziale Entwicklungsstadien eines Volkes sich mit ein paar revolutionäre klingenden Redensarten hinwegsetzen zu können.

Korrespondenzen.

Berlin. Das Berliner Spießthum vor Gericht. Nachdem wir in voriger Nummer die als Dokument zur Zeitgeschichte so charakteristische Anklage gegen unsere Berliner Genossen in unserer Rundschau veröffentlicht haben, bringen wir heute an dieser Stelle eine aus von Arbeitern zugegangene Schilderung des Prozesses selbst:

Es war ein regnerischer, unfreundlicher Tag, der 31. Oktober, also auch „Hohenzollern-Wege“, nur daß der Himmel Freudenstrahlen darüber vergoß, daß namentlich der Anklageprozeß gegen 11 unserer Genossen verhandelt werden sollte. Sieben der Angeklagten waren inhaftiert, die andern vier hatte man, wenn auch sehr ungern, auf freiem Fuß belassen müssen, da die Belastungsmomente so schwach waren, daß gegen eine der Angeklagten, Frau Walchert, die Staatsanwaltschaft die Klage zurücknahm, und daß bei den beiden andern, den Genossen Pohl und Strawe, die Freisprechung beantragt wurde.

Die hiesigen Genossen waren sich von Anfang an ihrer Aufgabe bewußt und, wie der Ausgang des Prozesses beweist, wohl auch gewachsen. Wir waren uns hier im Klaren, daß es nicht bloß auf die Freisprechung oder geringe Bestrafung der Belastigten ankam, sondern daß in erster Linie das skandalöse Benehmen der hiesigen Polizei zur Kenntnis des Publikums, wie zur Beurteilung der Richter gelangen mußte. Es war ein freudiges, ermutigendes Zeichen, daß auf wenige Anforderungen unsererseits der größte Theil der am 15. Juli auf dem Anhalter Bahnhof anwesenden Genossen als Zeugen sich zu unserer Disposition stellten. Wohl mußten sie, daß es Herr von Madai an Beaufichtigung nicht fehlen lassen würde, aber lieber wollten sie sich der Eventualität einer Ausweisung aussetzen, lieber wollten sie Weib und Kind als ihre bedrängten Genossen im Stich lassen. Es konnte nur der kleinste Theil der Gemeldeten berücksichtigt werden, aber immerhin ließen wir die stättliche Zahl von 65 Entlassungszeugen leben.

Daß das Loos der Angeklagten auch in nicht zu uns gehörenden Kreisen der Bevölkerung die regste Theilnahme hervorrief, bewies wohl am Besten der von Anfang bis zu Ende dicht besetzte Zuhörerraum, der aber auch außergewöhnlich hart von der „besseren Gesellschaft“ bedacht war.

Herr von Madai hatte seine Lieben und Getreuen gleichfalls in städtischer Zahl entbieten lassen. Nicht weniger als 18 uniformirte Schutzleute und dann 24 jener, im spätabigsten Zivilanzuge herumlagernder Logebüchse, die zeitweilig politische Polizei spielen, um bei ihrer nächsten Verhaftung als Einbrecher u. s. w. gnädige Beurtheilung zu finden. Im Heber des Gerichtsgebäudes machte sich unter den als Zeugen geladenen Genossen eine sehr animirte Stimmung geltend. Namentlich freute man sich darüber, daß man hier einen großen Theil jener Leute von Angefangen in Angefangt kennen lernte, die, wie im Verlauf der Verhandlung konstatiert wurde, der Volksmund mit dem Namen „Fauler“ bezeichnet. Vox populi, vox dei!

Das Zusammensein mit diesen Leuten war ungemieulich sehr reich und insofern angenehm, als es sich deutlich herausstellte, daß unbetheiligte Dritte den etwa noch mangelnden Grad von Hochachtung für Herrn von Madai und seine Knechte nun glücklich gefunden haben. Auch an kleineren Zusammengehören hat es nicht gefehlt, bei welchen sich das moralische Uebergewicht auf unserer Seite drastisch geltend machte.

So verbat sich Genosse G. in etwas derber Weise, als er Frau Pötting gegen die Aufdringlichkeit eines „Faulen“ in Schutz nahm, von demselben angesprochen zu werden. Ein anderer Genosse Lo. bemerkte, wie ein „Fauler“ sich in das Zeugniszimmer zu schmuggeln versuchte, und intervenirte so stürmisch und energisch, daß man sofort unsern Bruder „Faulen“ am Kollern wieder hinausbeorderte. Derselbe Genosse ließ auch den Herrn Lieutenant nicht leicht abfahren. Bei Begleichung der Zeugengebühren verlangte Lieutenant Henke — Bescheidenheit ist eine hervorragende Eigenschaft der hiesigen Polizisten — die Vergütung für eine Droschke 1. Klasse. Dieses Verlangen verurtheilte so drastische Kenntnisse des Volkswirthes, daß der Polizist Henke es vorzog, auf Begleichung zu verzichten.

Uebrigens hatte das Schicksal Herrn Henke an diesem Tage ganz besonders auf's Korn genommen. Kaum hatte er sich vor dem Geldschalter im Foyer in den Saal geschlüpft, um als Zeuge vernommen zu werden, so erlöste ein homerisches Gelächter aus dem Zuhörerraum ob der tiefstimmigen Antworten unseres Oidners — jetzt dürften wir ihn dreist zu nennen — Henke. „Hat man Sie angegriffen?“ wurde er gefragt, worauf er „Nein!“ erwiderte. „Warum haben Sie angegriffen?“ „Weil — weil — weil, hm, hm, weil die Wesen mir über dem Kopf zusammenschlugen.“ Das war so der Ton, in welchen sich die Belastungszeugen geseht!

Die Angeklagten verhielten sich alle, bis auf einen — Oergs — musterhaft. Die Frage des Präsidenten, des national-miserablen Abgeordneten Hagen, ob sie Sozialisten seien, bejahten Alle bis auf vorgenannten Oergs. Der Angeklagte Pohl bemerkte dem Präsidenten, die Befragung sei doch wohl Nebenfrage, der Thatsache wäre ja doch festzustellen, und nicht die Befragung der Einzelnen; er nehme übrigens keinen Anstand, vor jedem Menschen zu bekennen, daß er Sozialist sei, aber er bezweifle, ob man auch einen Konservativen um seine Parteistellung befragen würde.

Wahrhaft niedererschmetternd für die Polizei des Herrn Madai gestaltete sich das Kreuzverhör der Belastungszeugen. Selbst der Staatsanwalt und nach der Aufzählung der Belastungszeugen es für unmöglich, die die Anklage weiter aufrecht zu erhalten und ließ die Anklage Paragraphen fallen. Aber auch in seinen Einzelheiten war das Verhör von gleicher Wirkung.

Es wurde festgestellt, daß zwei Drittel der anwesenden Polizisten in civil rothe Ketten trugen, provozirten und durch anzügliche Fragen Leute unglücklich zu machen suchten. Auffallend war, oder auch nicht, die Sicherheit und Ruhe, mit welcher diese Leute die widersprechendsten Aussagen besahen, eine Sicherheit, die man nur durch langjährige Übung und stetes Unbestraftwerden bei Weineiden erlangen kann. Namentlich zeichnete sich in dieser Hinsicht ein gewisser Stuhlmann aus, der nach dem, was die Frau Jams erzählt, begnadigter Sträfling sein soll, unwillkürlich wird man, wenn man denselben hört oder sieht, an den berüchtigten Münchner Weineidmichel, alias Schretz, erinnern.

Stuhlmann ist ein würdiges Pendant zu jenem weit über die Grenzen Bayerns hinaus bekannten Schuft; diese Weiden sind wohl der klaffendste Ausdruck der heute herrschenden Verkommenheit, aber auch die tüchtigsten, besten Stützen unserer heutigen Nachthaber.

Die Vertheidigung, die in sehr energischer und umsichtiger Weise von den Herren Munkel, Eschmann und Sohn, den besten Vertheidigern Berlins geführt wurde, (Herr Kenzmann in Elderscheid, welcher auch zugelagt hatte, und auf welchen wir bestimmt rechneten, ließ uns eines verrenkten Fußes (?) halber im Stich) erzielte durch ihre Fragen manches Eingeständniß. Stuhlmann leugnete anfänglich, eine rothe Kette getragen zu haben, durch Fragen gedrängt, bestand er darauf, keine im Knopfloch getragen zu haben, um hernach einzuräumen, daß er

dieselbe am Hute getragen hätte; dieses Geständniß hinderte ihn natürlich nicht daran, 5 Minuten später zu beschwören, daß er überhaupt gar keine Kette oder Abzeichen getragen habe!!!

Nun sage Einer noch, was heutige Tage Reineid ist! Der national-miserable Gerichtspräsident Hagen läßt sich nicht veranlassen, einzuschreiten, während der Staatsanwalt Höppler sichtbar seine Erregung niederzukämpfen mußte, und wohl mehr der Noth gedachte, als dem eignen Triebe, als er keinen Verhaftungsantrag stellte. Stuhlmann wird unter den Hohenzollern Karriere machen. Stieber II. klagt doch gar nicht ohne!

(Fortsetzung folgt.)

Essen. Mitte November. „So muß es kommen“, sagt Kenmann. Der „Rheinisch-Westfälische Merkur“ meldete kürzlich Nachstehendes: „! W! (Erfinderische Köpfe). Daß die Sozialdemokraten auch noch dem Intretreten des Ausnahmegerichtes, durch welches ihre gesammte Presse einging und ihnen so die öffentliche Agitation entzogen wurde, um kein Mittel verlegen sind, ihre Lehren unter das Volk zu bringen, zeigt folgende uns zugegangene Mittheilung. In einer hiesigen Wirthschaft, in welcher sonst Sozialisten nicht zu verkehren pflegen, lag gestern eine Nummer des in Zürich erscheinenden Hauptorgans der deutschen Sozialdemokratie, welche in der ungeschriebenen Sprache der „Essener Volkszeitung“ erscheint und mit dem Titel der letzteren versehen war. Auf diese Weise sorgen die Sozialisten dafür, daß ihre Anschauungen zur allgemeinen Kenntniß gelangen. Aller Wahrscheinlichkeit nach hat eine große Zahl der Gäste sich über den Inhalt der betr. Nummer informiert. In dieser Nummer soll auch eine bekannte Elberfelder Affaire geschildert sein. Wie wir hören, sind derartige Versuche auch in anderen Städten mit Erfolg durchgeführt worden.“

Da können Sie nun sehen, wie wir auf dem Posten sind und — immer man unverzagt, denn der Humor ist auch des Kampfes Wärg. Sobald nämlich „Mercurius“, dem der Schred in allen Gliedern saß, Generalität gemacht hatte, ließ unser „Kaiser-Stieber“, Generalmarsch schlagen und — die ganze Wärggarde rückte aus. Sämtliche Wirthschaften mußten diesmal nicht nach Flüssigem, sondern nach dem verlappten „Sozialdemokrat“ ausgehändigt werden, und das Ende vom Lied war viel Dorsch und keine Bohne! Um stille Theilnahme bitten daher

Die schwarzen Rothern.

Brieg. Mitte November. Die Korrespondenz aus Ohlau in Nr. 46 veranlaßt mich, auch einmal etwas von uns hören zu lassen. Gutes ist es zwar nicht, denn von einer Partei kann hier nicht die Rede sein; im hiesigen Kreise sind die Arbeiter die reinen Engel, für ihren lieben guten Kaiser lassen sie ihr Leben, und wenn es sein muß, erschießt der Sohn aus reiner Königstreue seinen eigenen Vater. Trotzdem machen die wenigen Genossen hierorts den Herren von der Polizei doch zuweilen etwas Arbeit, wie folgende Affäre zeigt:

Kurz vor der Wahl im vorigen Jahre waren wir übereingekommen, einen eignen Kandidaten aufzustellen und die umliegenden Dörfer mit Flugblättern zu besetzen, was auch ohne alle Hindernisse gelang. Darauf machten sich einige Genossen den Spatz, die Flugblätter in der Stadt selbst an den Straßenecken anzuflehen; eines Morgens, als die Bürger oder richtiger gesagt: die deutschen Wähler aufstanden, fanden sie die Stadt mit sozialistischen Flugblättern geschmückt. Nun kam die Polizei in Aufregung, und der Polizeikommissor oder Großknecht, wie er hier genannt wird, zog mit seinen Kreaturen aus, um die Stadt von diesem Unkraut zu befreien. Das ging indes nicht so leicht, da die Genossen die schönsten Häuser angefaßt hatten, wo die Herren Polizisten nicht fragen durften. Nach längerer Ueberlegung fand unsere Wohlthätigkeit endlich doch Rath, sie bewaffnete sich zu unserer größten Befriedigung mit nassem Papp und so gelang es ihr, die gute Stadt zu retten. Nachdem nun noch bei den Genossen Hoffmann und Lepehne gehandelt worden war, wobei das Resultat gleich Null war — die Polizei kommt hier wie an anderen Orten gemächlich zu spät — war Alles wieder in Ordnung. Nichts durfte die Wärg wieder über's Ohr ziehen.

Nunmehr zur eigentlichen Hauptsache meines Schreibens. Der Staatsanwalt, von dem der Korrespondent aus Ohlau berichtete, heißt Hedemann und ist leiderweil er so junger Mann, wie der Korrespondent annimmt, sondern schon ein alter Sänder. Der Vorfahnde heißt v. Bergen, ein adeliger Schuft; von den Beifahrern kann ich nur zwei namhaft machen: Zucker und Schwarz. Diese sauberen Herren sind nicht liberal, sondern kreuzkonservativ, und wehe jedem Genossen, der diesen Schuften in die Hände fällt. Wegen unserm Lepehne haben sie auch schon einmal den § 131 in Anwendung gebracht; trotzdem er Entlassungszeugen vorgeschlagen hatte, wurde er dennoch verurtheilt, denn die Herren hielten die Jagen nicht für glaubwürdig.

Aber der Tag wird ja auch kommen, wo man mit diesen Herren eingehend Abrechnung pflegen kann.

Mülhausen im Elsas, Ende Oktober. Genosse Ruber, der am 4. Februar im vorigen Winter verhaftet wurde, ist am 25. September aus dem Gefängniß wieder entlassen worden. Die meisten Leser des „Sozialdemokrat“ werden sich noch der in Nr. 21 des „Sozialdemokrat“ mitgetheilten Verhaftung von 18 Genossen in Mülhausen erinnern, bei welcher der Kriminal-Kommissor Zahn sich durch schamlose Insanität auszeichnete. Denn nicht genug, daß die vollkommen Ordnungspflicht bei den verhafteten Genossen alles durchschlüßte — gefunden haben sie nicht viel mehr als einzelne Nummern — und sogar die Frauen Einzelner auf's Polizeiamt schleppte, und sie dort nackt ausziehen ließ, um zu untersuchen, ob sie auch nichts Staatsgefährliches am Leibe hätten, ging das Gesindel sogar so weit, als das Schaulaufen resultatlos blieb, selbst hochschwangeren Frauen auf so schändliche Art zu mißhandeln. Aber nicht genug damit, das Schändlichste kommt noch.

Es mußte ja absolut etwas „gemacht“ werden, und da ist den verkommenen Wächtern der „göttlichen Weltordnung“ kein Mittel zu schlecht, und leider finden sie auch immer Subjekte, die sich für einige Wochen als Werkzeuge ihrer Insanität gebrauchen lassen. Auch dieses Mal fand sich unter den Verhafteten ein Knecht, ein gewisser Laible aus dem Württembergischen, der um einen Judaslohn den Verräther spielte, und zwar nicht ohne Gewissensbisse; denn man sah es ihm an, daß er mit sich selbst in Kämpfen hatte, indem er vier verschiedene Aussagen machte, von denen eine der anderen widersprach. Es würde zu weit führen, wollte ich über alle Schändlichkeiten einzeln berichten, die bei diesem Prozeß zu Tage traten; es genügt die Mittheilung der Hauptvorgänge, um dem Leser zu zeigen, daß die nach preussischem Muster abgerichteten Mittel sich ihrem Amte auch hier würdig zeigen. Nach zweimonatlicher Untersuchungshaft wurde Ruber vor das Landgericht geführt, wo sich der Präsident Namens Volk, ein wahrer Sozialistestuffer, der mittlerweile das Zeitliche gesegnet hat, besonders auszeichnete. Trotzdem Laible sich selbst widersprochen hatte, äußerte der saubere Rechtsprofessor, daß man nur Laible glauben könne und nicht Ruber, da Laible ein unbefehlener Mann sei und Ruber nicht. Laible hatte nämlich gegen Ruber angefaßt, daß er von Ruber den „Sozialdemokrat“ erhalten habe, woraus geschlossen werden konnte, daß Ruber der Verbreiter desselben war. Trotzdem Ruber dagegen protestirte und geltend machte, daß man einem Mann nicht glauben könne, der verschiedene Aussagen gemacht, und trotzdem selbst der Staatsanwalt mildernde Umstände beantragte, wurde Ruber zur höchstzulässigen Strafe von sechs Monaten Gefängniß verdonnert. Der Woff erklärte, man müsse Ruber die ganze Strenge des Gesetzes stiften lassen, so wurde neben der Gefängnißstrafe auch auf Aufenthaltserweise erkannt. Warum? Nun, die Antwort ist sehr leicht. Die Ketter der „göttlichen Weltordnung“ wollen sich in ihrer ganzen Größe zeigen. So ging Ruber nach seiner zweimonatlichen Untersuchungshaft ins Gefängniß über.

Es ist wirklich haarsträubend, wie es unserem Genossen während seiner Gefangenenschaft erging, und ich glaube, es übertrifft alles, was bis jetzt über derartige Fälle im „Sozialdemokrat“ beschriebener wurde. Ich lasse hier Ruber selbst reden: „Mir ist aus der Untersuchungshaft in das Gefängniß überführt wurde, stelte man mich unter gemeine Verbrecher, es wäre noch zu ertragen gewesen, denn trotzdem es sehr rohe Wesen waren, schickte man sich schließlich in das Unvermeidliche. „Aber wenn man noch brutaler behandelt wird als ein gemeiner Verbrecher, nur deswegen, weil man andere Ansichten hat, als ein achselbiger Bourgeois, der für nichts Sinn hat, als seinen persönlichen Vortheil, und dessen Hauptfrage ist, wie er die Arbeiter am besten ausbeuten kann, das ist wirklich erbärmlich. Am insamsten wurde ich von

dem Schuft von Oberauffeser Herzmann behandelt, der mich bei jeder Gelegenheit wegen meiner sozialistischen Ansichten beschimpfte und mich Theiler nannte; ebenso ließ mich der Pfaffe von der Kanzel nicht in Ruhe, immer wieder zog er gegen die verdorbene Gesellschaft der Sozialdemokraten los, nannte sie Theiler, die den Reichen alles nehmen wollten, damit sie nicht zu arbeiten brauchen u. s. w.“

So ging es die ganzen sechs Monate hindurch, ohne Aufhören. Mit dieser geistigen Tortur ging die körperliche Hand in Hand, ich meine die berühmten Stockprügel auf den Magen. Trotzdem es vorgeschrieben ist, daß das Essen an die Gefangenen gesund und reinlich verabfolgt werden soll, haben wir Brod erhalten, in welchem die Würmer herzuwuchsen. Ein jeder halbwegs ansändige Mensch hätte sich geschämt, mit solchem Brode Schweine zu füttern, wir aber mußten es genießen, trotzdem ich beim Gefängniß-Inspektor reklamirt habe. Ich hatte auch beim Oberauffeser Herzmann reklamirt, ich erhielt aber zur Antwort, daß das Brod für solche Leute gut genug sei; man kann dem Vater nicht zumuthen, eine ganze Fieserung Mehl wegzumerzen.“

So Ruber. Was nicht jedem rechtlich Denkenden die Faust sich ballen, wenn er solche Schändlichkeiten vernimmt? Als Ruber aus dem Gefängniß heraustrat, wurde er von zwei Genossen, die seiner warteten, in Empfang genommen, und ihm im Kreise bewachter Genossen ein gefelliger Abend bereitet; besonders hervorzuheben ist, daß die Genossen von Mülhausen 45 Franken zusammenstreckten, die Ruber übergeben wurden, als er aus dem Gefängniß heraustrat.

Zum Schluß fordere ich die Genossen in Mülhausen auf, unerschütterlich fest zur Fahne der Volksbefreiung zu stehen, und nicht abzulassen, für unsere erhabene Sache zu agitiren, bis der Tag kommt, wo das Volk sich aufstellt und dieser Schandwirtschaft ein gründliches Ende bereitet, bis es in Wahrheit heißen wird:

Kein Herrscher mehr und keine Sklaven!
Gung der Knechtschaft trägt ihr schon!
Blut für das Volk, Blut für die Braven!
Hoch, hoch die Revolution!

Walde mar.

Sprechsaal.

An die Redaktion des „Sozialdemokrat“.

In Nr. 37 der „Freiheit“, Organ der sog. Sozialrevolutionäre, befindet sich eine Korrespondenz aus Bern, überschrieben: „Zur Richtigkeit“, in welcher sich der Kerger der aus dem deutschen Arbeiterverein Bern ausgeschlossenen Sozialrevolutionäre in der bei diesen Herren üblichen Weise Luft macht; unter anderem kommt der Verfasser auch auf die beabsichtigte Zentralisirung der Deutschen Vereine in der Schweiz zu sprechen und sieht sich angelegentlich verpflichtet, „vor dem geplanten (!) Einpfeifung, welcher von den Herren in Zürich so eifrig betrieben wird, zu warnen.“

Dem gegenüber erkläre ich hiermit: daß dieser Zentralisationsplan nur von hier, von unterzeichnetem Bern ausgegangen ist, und zwar aus freier Initiative; daß unsereß Willens diese Angelegenheit von Zürich aus noch nicht betrieben wurde, im Gegentheil der Landesauskunft auf eine diesbezügliche gelegentliche Mittheilung abdringend antwortete;

daß aber die eingelangten Antworten keinem Verein gegenüber zur Lüge gegriffen wurde, dies auch durchaus nicht nöthig gewesen ist, indem wir hier nur wiederholen, daß fast sämtliche Antworten im Prinzip zustimmend lauten;

daß vielmehr dieser „Freiheits“-Beld, der Artikelschreiber, „zu dem so billigen Mittel der Lüge und Verleumdung“ greift, resp. greifen mußte, um ein Schredgespenst vorführen zu können.

Nun, wenn die „Freiheits“-Männer in Bern stets mit solchen Waffen gekämpft haben, so haben sie sich wohl nicht zu beschweren, wenn sie vom dortigen Deutschen Arbeiterverein den Stahl vor die Thüre gesetzt bekamen.

Ob sich die Deutschen Arbeitervereine in der Schweiz zentralisiren oder nicht, werden lediglich sie selbst nach bestem Ermessen entscheiden, unbedünnet darum, ob ihre Entschlüsse den Beifall der Berner Sozialrevolutionäre haben werden oder nicht.

Ramens des Deutschen Arbeitervereins Neuenburg:
Der Vorstand.

Auf Wunsch theilen wir hierdurch mit, daß das in Bremen kolportirte Gerücht, Genosse F. W. Fried sei aus der Partei ausgeschlossen, unbegründet ist.

Die Redaktion des „Sozialdemokrat“.

Briefkasten.

der Redaktion: Eine Anzahl Einwendungen, ein Theil der Rundschau, sowie der Schluß des Artikels: „Zur Spaltung in der französischen Arbeiterpartei“ mußten wegen Stoffandrangs für nächste Nummer zurückgestellt werden.

der Expedition. S. Aug. Fr. 18. — Ab. 4. Du. erh. Weiteres besorgt, Besllg. folgt. — G. Schum. Cincinnati: Bescheßllg. mit 48 abgg. Redng. desgl. Weiteres stets willkommen. — W. Sbr. Paris: Besllg. abgg. Anzug folgt mit briefl. Aufschluß. — Unversöhnlicher: Ra 10 Wochen sollen wir noch Luft schaffen? „Wenn ich einmal der Herrgott wär!“ Bescheßllg. und St. fort. — Oalel: Aenderung nunmehr bewirkt. Unterwegs Beschlüßliches fraglich, da Nachr. erst 21./11. erh. — U. a. D. 681: Nur R. 5. — in Dtm. vorgefunden; also R. 3. — Ab. 4. Du. u. bis auf Weiteres R. 150 u. R. 150 p. Uds. dtd. verwendet. Weiteres notifiziert. — D. S. B.: R. 3. — pr. Ab. Dej., Jan. u. Febr. verwendet. Werden nicht erlangen. — F. Hoch: R. 70. — a. Cto. Ab. gutgebr. Die „zweite“ u. Anzug, folgen, wie das Weitere. — Gen. Königsberg i. Pr.: R. 30. — d. Uds. dtd. jugew. — Bon einem besetzten Ultramontanen in Trefeld: R. 2. — pr. Agß. dtd. erh. — G. Fr. J.: Fr. 2. — Ab. 4. Du. erh. — Wärgschellen: R. 150 Ab. Co. 4. Du. gutgebr. — F. H. S.: R. 170 d. Uds. jugew. R. — 30 Porto f. d. Rette Kora. Folgt Neue Welt-Kal. hatt O. Weiteres besorgt. — G. Fr. Anvers: Fr. 750 Ab. 4. Du. erh. Sbg. nach Vorshr. abgg. Sileña: R. 650 Ab. Rest u. Schrift. erh. Alles beherzigt. — Hpl. Chur: Fr. 2. — f. d. freitenden Crimischauer dtd. erh. u. besorgt. — Nigle: R. Hort: Fr. 101,25 a. Cto. am 18./11. eingetrif. — Rothschwan: Fr. 1555 Ab. 4. Du. u. Sbst. erh. St. erworret. — Berliner Jude: R. 2. — Ab. 4. Du. u. dtd. erh. — R. E. Est.: R. 5. — Ab. Nov. 82 bis Ende März 83 erh. — F. R. Kopenhagen: Fr. 3. — P. S. July-Okt., u. Fr. 2. — Abtrag auf die von Hoffm. nicht gefandten P. B. erh. — F. St. Mid.: R. 180 Ab. 4. Du. durch Freundeshand erh. — Die Rothern Mid.: R. 3. — Ab. 3. Du. erh. Soll uns freuen. — Die Wetreuen Jover: R. 6. — Ab. 4. Du. erh. Weiteres geordnet. Der rothe Albertinus: Wir sehen, daß seine Wünsche erfüllt sind. — Kaufwurf G.: R. 36. — a. Cto. Ab. 4. Du. und R. 4.10 f. R. pr. Figh. erh. Abg. geordnet. St. folgt. — Der alte Rothe G.: R. 5. — Ab. Rest 3. Du., R. 25. — a. Cto. 4. Du., R. 16. — f. 4 Anthelie erh. Weiteres fort. — Die alten Tannet: R. 430 pr. Uds. dtd. erh. — R. Wormier: R. 100. — a. Cto. Ab. und St. vom 19./11. eingetroffen. Sbg. folgt. — Otto: St. v. 18./11. erh. Bescheßllg. notirt. Schrift. folgen. — Columbus: St. v. 15./11. haben sich getrenzt. Anstllg. u. notirt. — Gld.: Bescheßllg. und Abg. dorgesent und Fr. 1841 pr. Ab. erh. — Ferdinand: St. v. 20./11. erh. Alles in Ordnung. Gruß. — F. R. St.: Fr. 5730 Ab. 4. Du. erh. — Agß.: R. 81. — a. Cto. Ab. u. eingetroffen.

Zürich. Samstag, den 25. November, Abends 8 Uhr, im Café Kessler

Geschlossene Versammlung der deutschen Sozialisten.

Da sehr wichtige Partoiangegenheiten zur Verhandlung kommen, sind die Parteigenossen aufgefordert, sämmtlich zu erscheinen. Jedes Mitglied ist verpflichtet, die Mitgliedskarte vorzuzeigen. Ohne diese kein Eintritt gestattet.

Der Lokalausschuss der deutschen Sozialisten.

*) Anmerkung. Entnommen dem in Genf erscheinenden liberal-revolutionären „Wältschen Föderalist“.